



Antrag

der Fraktion der SPD

Wir müssen in einen neuen Aufschwung für Schleswig-Holstein investieren

Der Landtag wolle beschließen:

Wir wollen in Schleswig-Holstein investieren

Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein laut Infrastrukturbericht der Landesregierung bis 2040 einen Investitionsbedarf in Höhe von 15,73 Milliarden Euro hat, um den nachfolgenden Generationen eine gute Infrastruktur zu überlassen. Weitere Berechnungen zeigen, dass allein um Schleswig-Holstein zum ersten klimaneutralen Industrieland zu machen, bis 2030 rund 15 Milliarden Euro investiert werden müssen. Auch auf kommunaler Ebene fällt ein großer Teil der für den schleswig-holsteinischen Aufschwung notwendigen Investitionen an. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, auch die Situation der Kommunen im Blick zu behalten.

Der Landtag stellt fest, dass in Straßen, Häfen und Wohnraum für Fachkräfte investiert werden muss, um zugleich die Rahmenbedingungen zu schaffen, die Unternehmen zu Investitionen im Land motivieren. Darüber hinaus fordert der Landtag ein entschlossenes Handeln der Landesregierung dabei, Werften durch Bürgschaften, oder da, wo es sinnvoll ist, durch Beteiligungen abzusichern.

In Schleswig-Holsteins Stärken investieren

Der Landtag betont die Bedeutung erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie für die Energiewende und den Industriestandort Schleswig-Holstein. Windenergie, onshore wie offshore, spielt eine Schlüsselrolle. Effizienzsteigerungen sollen durch beschleunigte Planungsprozesse und Repowering erreicht werden. Photovoltaik bietet Potenziale für private und öffentliche Nutzung, prioritär auf bestehenden Flächen wie Dächern oder Parkplätzen, um Flächenversiegelung zu vermeiden. Liegenschaften des Landes müssen eine Vorreiterrolle beim PV-Ausbau einnehmen: Der vorhandene Investitionsstau ist endlich aufzulösen, nicht zuletzt

auch aus Gründen glaubwürdiger Umweltpolitik. Die Akzeptanz in der Bevölkerung soll durch Förderprogramme und Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Für die klimaneutrale Transformation ist das Wasserstoff-Leitungsnetz auszubauen, mit Fokus auf „Grünen Wasserstoff“, Forschung, Infrastruktur und internationale Kooperationen, insbesondere mit Skandinavien.

Die Kreislaufwirtschaft verbindet Umweltschutz mit wirtschaftlichem Fortschritt, doch Schleswig-Holstein nutzt viele Potenziale nicht. Der Übergang von der Wegwerfgesellschaft stärkt regionale Unternehmen, schafft Märkte für recycelte Rohstoffe und fördert Materialeffizienz. Die Landesregierung soll Konzepte entwickeln, wie Kreislaufwirtschaft in Ausschreibungen stärker berücksichtigt werden kann, und eine Strategie für nachhaltige Innovationen entwickeln.

Angesichts der „Zeitenwende“ kommt der Wehrtechnik in Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung zu. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die wehrtechnische Industrie konkret zu stärken und die Unternehmen in Schleswig-Holstein aktiv darin zu unterstützen, dass Aufträge aus dem Sondervermögen Bundeswehr auch nach Schleswig-Holstein gehen.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft braucht Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien, wie beispielsweise durch den Made-in-Germany-Bonus. Zudem fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Begrenzung der Netzentgelte einzusetzen, um somit die Strompreise zu stabilisieren und die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

In Fachkräfte und damit in Schleswig-Holsteins Wirtschaft investieren

Der Landtag stellt fest, dass bis 2035 in Schleswig-Holstein über 326.000 unbesetzte Stellen drohen. Der Fachkräftemangel ist alarmierend. Der Landtag fordert die Landesregierung zu einer umfassenden Offensive auf.

Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung werden dem drohenden Fachkräftemangel nicht gerecht: Die personelle Ausstattung des Welcome-Centers ist noch immer nicht adäquat und weiterhin wird das Welcome-Center nicht dezentral organisiert. Der Landtag fordert daher, das Welcome-Center so auszustatten, dass es seine ursprünglich formulierten Ziele erfüllen kann: als zentrale Erstberatungs-, Informations- und Servicestelle rund um das Thema Arbeitskräftezuwanderung zu fungieren und die Themen Visa, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Familie zu bündeln. Des Weiteren fordert der Landtag, das Welcome-Center auch regional aufzubauen, um der Struktur der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Flächenland Schleswig-Holstein gerecht zu werden.

Der Landtag erkennt das Problem an, dass laut der Ausbildungsbilanz 2024 der Bundesagentur für Arbeit in Schleswig-Holstein fast jeder zweite Ausbildungsplatz unbesetzt geblieben ist. Dabei ist eine angemessene Ausbildungsvergütung entscheidend, um die duale Ausbildung attraktiver zu machen. Die bundesweite Einführung der Mindestausbildungsvergütung war ein wichtiger Erfolg, doch nun muss Schleswig-Holstein durch ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz für mehr tarifgebundene Vergütungen sorgen. Ergänzend kann das Praktikumsgeld ein Anreiz sein, Berufe wie im Handwerk kennenzulernen – sobald es auch mehr Schüler*innen

zugutekommt. Auch weitere Initiativen, wie die Werkstatttage in Schulen, können sinnvolle Impulse sein, die berufliche Bildung zu stärken. Zudem sind Ausbildungswohnheime und Azubi-Werke mit bezahlbarem Wohnraum ein wichtiger Baustein. Der Landtag fordert dazu die Landesregierung auf, sich für eine WG-Garantie für junge Menschen mit einem Höchstmietpreis von 400€ pro Zimmer einzusetzen. Frühe Berufsorientierung ab Klasse 7, ein Ausbau von Praktika und Berufsberatungsangeboten sowie Jugendberufsagenturen können den Übergang von Schule zu Ausbildung erleichtern. Landesweite Kampagnen, mehr Investitionen in Qualifizierung und Weiterbildung und eine Integrationsoffensive für Fachkräfte mit Migrationshintergrund sind weitere wichtige Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. So wird die Berufsausbildung nachhaltig gestärkt.

Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden. Frauen muss der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden, insbesondere für diejenigen, die sich in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs befinden. Hierzu muss unter anderem das Beratungsangebot bei den Beratungsstellen für Frauen in Schleswig-Holstein gestärkt und weiter ausgebaut werden.

In gute Arbeit und finanzielle Entlastungen investieren

Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein sich weiterhin im Lohnkeller der westdeutschen Bundesländer befindet. Eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 15 Euro wäre daher ein bedeutender Schritt zu faireren Löhnen und würde zugleich die Kaufkraft in der Region stärken. Der Landtag begrüßt den Entwurf der Bundesregierung für ein Tariftreuegesetz, das die Vergabe öffentlicher Bundesaufträge an tarifgebundene Unternehmen knüpft. Damit werden gute Arbeitsbedingungen gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit solcher Unternehmen gesichert. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Gesetz im Bundesrat zuzustimmen und dessen Umsetzung auf Bundesebene aktiv zu unterstützen.

Zudem fordert der Landtag eine gezielte Unterstützung der arbeitenden Mitte durch eine ausgewogene Senkung der Einkommensteuer für mittlere Einkommen. Zusätzlich sollte der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel von 7% auf 5% gesenkt werden. Diese Maßnahme würde die Grundversorgung bezahlbarer machen und insbesondere Haushalte mit niedrigeren Einkommen spürbar entlasten.

Investitionen in die Zusammenarbeit mit Hamburg

Schleswig-Holstein und Hamburg arbeiten traditionell eng zusammen und profitieren von ihrer Partnerschaft. Umso problematischer war der Rückzug der Landesregierung Anfang 2024 aus dem Gründungsprozess der Innovationsagentur Metropolregion. Die geplante Innovationsagentur der Metropolregion Hamburg soll als zentrale Anlaufstelle die länderübergreifenden Innovationsaktivitäten fördern, Bundes- und EU-Mittel einwerben und die Vernetzung von Know-how und Infrastrukturen verbessern. Ziel ist es, die Innovationsdynamik zu steigern und die internationale Sichtbarkeit der Region zu erhöhen. Doch das Zögern der Landesregierung hat der Umsetzung langfristig geschadet. Jetzt aber ist Entschlossenheit gefragt: Die Landesregierung wird aufgefordert, die

Innovationsagentur gemeinsam mit Hamburg endlich auf den Weg bringen. Zudem soll die Landesregierung darauf hinwirken, die bereits im Mai 2023 beschlossene Marketingstrategie der Metropolregion Hamburg umzusetzen, um ein einheitliches und attraktives Bild der vernetzten Region für internationale Investoren und Fachkräfte zu vermitteln.

Aufschwung in Schleswig-Holstein durch Investitionen in die soziale Infrastruktur

Die anhaltende Kita-Krise führt dazu, dass bereits für die Jüngsten unserer Gesellschaft der Bildungserfolg privatisiert wird. Zudem scheitert die Landesregierung daran, Verlässlichkeit in den Kitas sicherzustellen, wodurch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert wird. Dies verschärft den Fachkräftemangel und erhöht den finanziellen Druck auf Familien. Der Landtag betont, dass dringend in die soziale Infrastruktur investiert werden muss, um die Grundlage für einen nachhaltigen Aufschwung in Schleswig-Holstein zu schaffen.

Gerechte Bildungspolitik ist das Kapital für Schleswig-Holstein

Im Bildungsbereich zu sparen bleibt der falsche Weg. Gute Bildung ist die Grundlage für persönliche Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Erfolg. Der Zugang zu hochwertiger Bildung muss unabhängig von der Lebenssituation jedes Einzelnen gewährleistet sein. Doch egal ob IQB, IGLU oder beim MINT-Nachwuchsbarometer, in sämtlichen Bildungsrankings rutscht Schleswig-Holstein kontinuierlich ab. Jahr für Jahr steigt die Anzahl derjenigen Schüler*innen, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ihren Konsolidierungskurs nicht auf dem Rücken der Bildungspolitik durchzuführen.

Eine moderne Finanzpolitik sichert unsere Investitionen ab

Um die genannten Leitplanken umzusetzen, fordert der Landtag die Landesregierung auf, in einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung für Schleswig-Holstein zu investieren. Diese Investitionen in unsere Infrastruktur, in unsere Verwaltungen, in bessere Ausbildung, in bezahlbares Wohnen, in unsere Kommunen sowie in das Bildungssystem müssen durch eine moderne Finanzpolitik gewährleistet werden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu unterstützen. Dafür braucht es eine gerechte Steuerpolitik und eine Reform der Schuldenbremse. Zudem soll sich die Landesregierung im Bund für die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine modernisierte Erbschaftsteuer einsetzen, da diese Einnahmen direkt dem Landeshaushalt zugutekommen.

Begründung:

Schleswig-Holstein braucht dringend wirtschaftspolitischen Aufwind, um gute Arbeit mit guten Löhnen zu sichern, den Wirtschaftsstandort und dessen Resilienz nachhaltig zu stärken. Beispiele wie Grundfos oder FSG-Nobiskrug verdeutlichen, dass die Landesregierung endlich neue Impulse setzen muss. Das Hausaufgabenheft der Landesregierung ist voll. Das Land muss aktiv in Infrastruktur

und Transformation investieren und die wirtschaftlichen Chancen Schleswig-Holsteins gezielt vorantreiben. Es geht um jeden Arbeitsplatz, deshalb müssen Unternehmen gestärkt werden.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen Schleswig-Holsteins sind groß und erfordert entschlossenes Handeln. Ein nachhaltiger Aufschwung ist notwendig, um wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und attraktive Lebensbedingungen sicherzustellen. Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherung sind dabei von zentraler Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Landesregierung muss die wirtschaftlichen Chancen Schleswig-Holsteins aktiv vorantreiben und mit einer modernen Wirtschaftspolitik den Standort attraktiver machen. Eine leistungsfähige Infrastruktur sowie bezahlbarer Wohnraum sind essenziell, um Unternehmen zu Investitionen zu motivieren und Fachkräfte zu binden. Zugleich erfordert der Strukturwandel eine entschlossene Verwaltungsmodernisierung und den Abbau unnötiger Bürokratie, um Innovationen zu fördern und Unternehmen zu entlasten.

Im Bereich Bildung und Ausbildung zeigt sich dringender Handlungsbedarf. Schleswig-Holstein verliert in Bildungsrankings an Boden, und die Kita-Krise verschärft die Herausforderungen für Familien und die frühkindliche Bildung. Eine verlässliche soziale Infrastruktur sowie frühzeitige Berufsorientierung und eine Stärkung der dualen Ausbildung sind notwendig, um die Fachkräftesicherung langfristig zu gewährleisten.

Die Landesregierung muss sich im Bund für eine gerechte Steuerpolitik einsetzen, die zusätzliche Spielräume für Investitionen schafft. Dazu gehören eine Entlastung mittlerer Einkommen sowie gezielte Steuerreformen wie eine Vermögensteuer und eine modernisierte Erbschaftsteuer. Auch die finanzielle Situation der Kommunen muss verbessert werden, da ein Großteil der Investitionen auf lokaler Ebene umgesetzt wird.

Ein neuer Aufschwung für Schleswig-Holstein kann nur durch gezielte Investitionen und eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Es braucht jetzt mutige Schritte, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des Landes nachhaltig zu sichern. Wirtschaftspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einen Beitrag leistet zur Förderung von guter und fair entlohnter Arbeit.

Kianusch Stender
und Fraktion